



Wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Migration

Nach den tödlichen Anschlägen von Mannheim und Solingen, von Magdeburg und Aschaffenburg dringt die CDU/CSU-Fraktion auf klare Konsequenzen in der Asylpolitik. Es brauche „endlich wirksame Entscheidungen gegen den Zustrom illegaler Flüchtlinge nach Deutschland“, sagte Fraktionschef Friedrich Merz im Bundestag. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion nahm der Bundestag mit knapper Mehrheit an.

„Wir sind es den Menschen in unserem Land und nicht zuletzt den Opfern der Gewalttaten der letzten Monate schuldig, jetzt wirklich jeden Versuch zu unternehmen, die illegale Migration zu begrenzen, die ausreisepflichtigen Asylbewerber in Gewahrsam zu nehmen und endlich abzuschieben“, sagte Merz in seiner Antwort auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zu dem jüngsten Anschlag in Aschaffenburg.

Trotz der Ablehnung von SPD und Grünen nahm der Bundestag einen Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion an, der einen Fünf-Punkte-Plan zur Eindämmung der illegalen Migration enthielt. Einen zweiten Entschließungsantrag der Union mit einer Vielzahl an Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit lehnte der Bundestag ab.

Merz hatte zuvor intensiv um die Zustimmung von SPD und Grünen geworben. Dass diese die Kooperation verweigerten, kritisierte der Unionsfraktionsvorsitzende in seiner Rede scharf. Ihre Verweigerung bedeute, dass SPD und Grüne den Zustrom von illegalen Migranten nach Deutschland in Wahrheit gar nicht beenden wollten.

Der Bundestag steht vor der Wahl. Schauen wir weiter ohnmächtig zu, wie die Menschen in unserem Land bedroht, verletzt und ermordet werden, oder tun wir jetzt, was dringend notwendig ist.

Niemand will die Bilder von feixenden, johlenden AfD-Abgeordneten sehen. Allein diese Bilder zeigen, wie abstoßend diese Partei ist, wie wenig sie den Ernst der Lage erkennt. Für die CDU/CSU war, ist und bleibt klar: Es wird keine Zusammenarbeit mit der AfD geben. Die AfD ist ein Feind der Demokratie und wird von uns bekämpft.

Merz verteidigte das Vorgehen der Union, die Anträge und den Gesetzentwurf im Bundestag zur Abstimmung zu stellen – auf die Gefahr hin, dass die AfD ihnen zustimme. „Eine richtige Entscheidung wird nicht dadurch falsch, dass die Falschen zustimmen, sie bleibt richtig“, betonte er. Erneut warnte er eindringlich davor, dass die Demokratie in Gefahr gerate, wenn Radikale an die Macht kommen. „Deshalb werden wir alles tun, um genau das zu verhindern.“

Am Freitag fordert die Union in ihrem Gesetzentwurf drei Dinge: Die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte – also Menschen, die keinen dauerhaften Bleibanspruch bei uns haben. Die SPD hat schon 2018 für die befristete Aussetzung gestimmt.

Wir fordern zudem, dass das Wort Begrenzung als Ziel im Aufenthaltsgesetz wieder aufgenommen wird und drittens wollen wir die Befugnisse für die Bundespolizei beim Vollzug des Aufenthaltsrechts ausweiten, damit Straftäter wirksamer ausgewiesen werden können. Wer mehr Sicherheit auf unseren Bahnhöfen will, der muss diesem Punkt zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



als Konsequenz aus den Anschlägen von Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg, bei dem zuletzt ein zweijähriger Junge und ein Passant ums Leben kamen, hat die CDU/CSU-Fraktion diese Woche zwei Anträge und einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Der eine Antrag umfasst fünf Punkte für sichere Grenzen

und das Ende der illegalen Migration. Er sieht die dauerhaften Grenzkontrollen sowie die Zurückweisung von Personen ohne gültige Einreisepapiere und ohne EU-Zugehörigkeit vor. Außerdem dürfen sich vollziehbar ausreisepflichtige Personen nicht mehr auf freiem Fuß befinden. Das Aufenthaltsrecht für Straftäter und Gefährder soll zudem verschärft werden.

Friedrich Merz und wir in der Unionsfraktion stehen klar zu unseren Überzeugungen. Wir werden das Richtige tun und es nicht deswegen unterlassen, weil die Falschen zustimmen. Wir haben eine Mehrheit in der Mitte des Parlamentes gesucht, SPD und Grüne haben sich dem bisher völlig verweigert und uns monatelang hingehalten.

Wir stehen nun vor der Wahl: Schauen wir weiter ohnmächtig zu, wie Menschen in unserem Land bedroht, verletzt und ermordet werden, oder tun wir jetzt, was dringend notwendig ist. Niemand will die Bilder von feixenden, johlenden AfD-Abgeordneten sehen. Allein diese Bilder zeigen, wie abstoßend diese Partei ist. Für uns war, ist und bleibt klar: Es wird keine Zusammenarbeit mit der AfD geben. Die AfD ist eine in eine Putin-freundliche und in Teilen rechtsextreme und antisemitische Partei.

Die Debatte im Bundestag zu unseren Anträgen zur Begrenzung der illegalen Migration hat am Mittwoch allerdings auch deutlich gezeigt, wie die rot-grüne Restregierung die AfD instrumentalisiert. SPD und Grüne blockieren alle wirksamen Vorhaben in der Migrations- und Sicherheitspolitik und versuchen, CDU, CSU und auch die FDP damit zu erpressen, dass unseren vernünftigen Vorschlägen dann eine Zustimmung von ganz rechts drohen könnte. Der wahre Grund ist, dass es in den linken Fraktionen eine Totalblockade gegen die dringend notwendigen Verbesserungen gerade in der Asylpolitik gibt.

Natürlich ist es zu akzeptieren, wenn in der Politik über das Zustandekommen von Mehrheiten diskutiert wird. Ab jetzt geht es aber um etwas anderes: Wenn Beschlüsse mit Mehrheit demokratisch gefasst worden sind, müssen sie auch akzeptiert und umgesetzt werden. Ob die Scholz-Regierung auf dem Boden der Demokratie steht, entscheidet sich jetzt daran, ob sie die beschlossenen Zurückweisungen an unseren Grenzen auch umsetzt.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Rot-Grün lässt Verhandlungen zum Frauenschutz scheitern

Union bedauert fehlende Einigung zur strafrechtlichen Verbesserung



Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD und Grünen haben zur Verbesserung des Frauenschutzes verhandelt. SPD und Grüne haben die Verhandlungen zur strafrechtlichen Verbesserung leider scheitern lassen. Dazu erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günther Krings:

„Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass die Verhandlungen zum Frauenschutz mit Rot-Grün gescheitert sind. Wir waren bis zur allerletzten Minute gesprächsbereit. Leider waren die zuständigen Ministerien nicht Willens oder in der Lage, uns rechtzeitig konkrete Änderungsanträge vorzulegen, um das Verfahren bis zur letzten Sitzung des Rechtsausschusses noch abzuschließen.“

Rot-Grün war auch nicht bereit, wesentliche Verbesserungen zum Schutz von Frauen sowie zur Bekämpfung von Messergewalt mitzutragen. Die letzte Stellungnahme der ‚Rest-Ampel‘ ist absolut unzureichend, um die Situation der Frauen und ihren Schutz deutlich zu verbessern. Überdies kam die letzte Stellungnahme so spät, dass ein seriöses Gesetzgebungsverfahren nicht mehr hätte abgeschlossen werden können. Wir waren bis zur letzten Minute zu Verhandlungen bereit, aber nur, wenn sich auch deutlich etwas für die Betroffenen verbessert.

Tagtäglich werden Frauen angegriffen. Häufig handelt es sich bei den Tätern um ehemalige Partner. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf. Klar ist aber auch, dass wir uns nicht auf eine Scheinlösung einlassen. Wir haben bereits im Sommer einen Gesetzentwurf mit grundlegenden Verbesserungen vorgelegt, die dazu führen, dass nicht das Opfer weichen muss, sondern der Täter ins ‚Täterhaus‘ und damit in Haft kommen kann. Dafür, dass SPD und Grüne nicht bereit sind, Messerattaken endlich als Verbrechen zu bestrafen, habe ich angesichts der Häufung brutaler Taten kein Verständnis. Wir haben bis zum Ende unserer Fraktionssitzung am gestrigen Dienstag auf Vorschläge gewartet. Jetzt ist es zu spät. Änderungen können nicht mehr rechtzeitig eingebracht werden.“

Foto: Tobias Koch

Impressum:

Ausgabe Nr. 01/2025,
31. Januar 2025

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:

fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Deutschland wieder nach vorne bringen – Für eine starke wirtschaftspolitische Agenda

Die ehemalige Ampel unter Führung von Bundeskanzler Scholz hat Deutschland in eine handfeste und tiefe Wirtschaftskrise geführt: Das Bruttoinlandsprodukt ist das zweite Jahr in Folge gesunken. Die Insolvenzzahlen steigen. Es sind so viele Menschen arbeitslos, wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Laufend kündigen Unternehmen Stellenabbau an. Derzeit verlieren wir 7.000 Industriearbeitsplätze pro Monat. Die Energiekosten sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Bei der Steuer- und Abgabenlast sowie bei der Belastung durch Bürokratie belegt Deutschland beklagenswerte Spitzenplätze. In internationalen Innovationsrankings ist Deutschland abgerutscht. Unsere stolze und führende Industrienation ist unter der Ampelregierung zum Schlusslicht beim Wachstum geworden.

Die Ampel-Regierung unter Führung von Bundeskanzler Scholz hat die wirtschaftliche Lage lange ignoriert, falsche belastende Entscheidungen getroffen, dann zu lange gestritten und ist letztlich auch an der falschen Haushaltshalts- und Wirtschaftspolitik gescheitert.

Dabei hat Deutschland das Potenzial, um wirtschaftlich wieder nach vorne zu kommen – mit seinem innovativen Mittelstand und seinen Familienunternehmen, mit Handwerk und freien Berufen, mit kreativen Gründern und weltweit erfolgreichen Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen und nicht zuletzt mit seiner in vielen Bereichen vorhandenen Spitzenforschung. Vor allem: mit hoch motivierten und qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die unser Land am Laufen halten. Deutschland braucht endlich eine Politik, die das Potenzial dieses Landes, dieser Menschen freisetzt und Deutschland wirtschaftlich wieder nach vorne bringt.

Es braucht einen echten Politikwechsel hin zu neuem Aufschwung, Wachstum und Wohlstand. Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne eine starke Wirtschaft ist alles nichts. Ohne eine starke Wirtschaft gibt es keinen starken Sozialstaat und keine stabilen Renten. Daher braucht es eine starke wirtschaftspolitische Agenda – eine Agenda für Aufbruch und Zuversicht. Statt zusätzlicher Belastungen, braucht es wieder mehr Freiräume, Entlastungen und Bürokratie-Rückbau für mehr industrielle Produktion, Innovation und Unternehmertum in Deutschland.